

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die von der Koalition losgetretene Debatte um die Nebeneinkünfte von Peer Steinbrück wurde zum Bumerang. Schwarz-Gelb warf mit Steinen ohne daran zu denken, dass sie im Glashaus sitzen. Denn unseren Vorschlag, die Nebeneinkünfte künftig auf Euro und Cent – wie von Peer Steinbrück gefordert – zu veröffentlichen, lehnen Union und FDP strikt ab. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

Es ist für uns völlig klar, dass wir nicht den gläsernen Bürger wollen, sondern den transparenten Abgeordneten; das gibt den Menschen Sicherheit und die Möglichkeit, sich ein klares Bild von ihren Politikerinnen und Politikern zu machen. Schwarz-Gelb will das offenbar nicht, ebenso wenig wie eine Verschärfung der Regeln zur Abgeordnetenbestechung; es kann nicht sein, dass Deutschland noch immer nicht die dazu gehörende UN-Konvention umgesetzt hat. Das ist mehr als peinlich.

Im Bundestag hat Peer Steinbrück am Donnerstag die Kanzlerin empfindlich getroffen – nämlich an dem Punkt der Glaubwürdigkeit. Das ist Angela Merkel schon lange nicht mehr. Ihre Pirouetten und 180-Grad-Wendungen in der Europa-Politik lassen kein Bild einer kohärenten Politik erkennen. Peer Steinbrück hat eindrucksvoll aufgezeigt, dass die Kanzlerin kein Konzept, keine Idee und auch keine Kraft hat, ein Gesamtbild von Europa zu zeichnen, zu erklären und in Europa Verbündete zu gewinnen – selten war Deutschland in Europa so isoliert wie jetzt. Das wird uns womöglich noch lange über die Amtszeit von Merkel hinaus begleiten.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL
TELEFON (030) 227-510 99 / E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 19.10.2012 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	TOP-THEMA: Steinbrück attackiert Merkel	08	Lebensmittelverschwendung reduzieren
03	Aktuelle Stunde zu Nebeneinkünften	09	Gemeinsam die Modernisierung Russlands voranbringen
04	Schwarz-Gelb ist von der Energiewende überfordert	10	Menschenverachtende Gewalttaten härter bestrafen
05	Ausbildungsgarantie für Jugendliche	10	Neues Waffenrecht evaluieren
07	Obergrenze für Dispozinsen	11	Jugendinitiative „Jung gegen Rechts“ bei SPD-Fraktion
07	Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln	12	Veranstaltung „Inklusion im Sport“
08	Fahrradverkehr fördern	14	Expertendiskussion zur Beschneidung

TOP-THEMA

Steinbrück attackiert Merkel: „Ihre Politik wird Europa nicht gerecht!“

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat an diesem Donnerstag eine Regierungserklärung zum bevorstehenden EU-Gipfel abgegeben. Darin versuchte sie, ihre Europapolitik zu erklären und sagte, Griechenland solle im Euro bleiben. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück eröffnete die Aussprache und warf der Kanzlerin einseitige, zögernde Krisenpolitik vor. Von einer historischen Europa-Politik sei sie weit entfernt.

Steinbrück begann seine Rede mit einem Dank an das Nobelpreiskomitee, dafür, dass die EU den Friedensnobelpreis verliehen bekommt. „Wir freuen uns darüber; die Entscheidung zeigt, das Europa mehr ist als ein Wechselbalg der Ratingagenturen“, sagte Steinbrück.

Er verwies auf das „Zivilisationsprojekt Europa“ und postulierte, Deutschland habe nach 60 Jahren Frieden eine besondere Verantwortung – schließlich hätten die europäischen Nachbarn Deutschland trotz dessen Verbrechen den Weg in die europäische Einheit geebnet. Steinbrück: „Was Europa zu bieten hat, ist das Erbe der Aufklärung“. Diese historische Leistung des Kontinents, der europäischen Gemeinschaft hätte Merkel laut Steinbrück schon vor zwei Jahren erwähnen müssen. Die SPD-Fraktion habe immer davor gewarnt, Europa nur auf die ökonomische Dimension zu verkürzen. „Ihr Kleinmut wird Europa nicht gerecht“, sagte Steinbrück in Richtung Kanzlerin. Merkel müsse den Bürgerinnen und Bürgern endlich sagen, dass Deutschland für Europa auch künftig investieren müsse. „Das ist Ihre Pflicht, das endlich zu sagen, Frau Merkel!“

Steinbrück warnte vor einem Austritt Griechenlands, denn breche ein Stein aus dem europäischen Haus, dann wackle das ganze Fundament. Merkels Leute dagegen hätten gegen Griechenland gemobbt – mit Merkels Segen. Sie habe nicht interveniert, als Dobrindt, Söder, Brüderle, Rösler und Döring gegen Griechenland hetzten.

Merkel ist eine Getriebene

Vor kurzem, so Steinbrück, habe Angela Merkel Altbundeskanzler Helmut Kohl geehrt. „Weder Helmut Kohl noch ein anderer Ihrer Vorgänger hätte zugelassen, einen europäischen Nachbarn

für innenpolitische Händel zu missbrauchen. Sie sind eine Getriebene!“ Merkel und Ihre Regierung vollzogen permanent 180-Grad-Wendungen.

Selten sei Deutschland in Europa so isoliert gewesen wie heute, „das wird noch lange nach Ihrer Amtszeit spürbar sein“, konstatierte Steinbrück und fügte hinzu, Merkel analysiere und therapiere immer nur einseitig. Damit spielte er darauf an, dass die Koalition den krisengeschüttelten Ländern lediglich Sparprogramme aufzwingen wollte, aber null Wachstumsimpulse. Steinbrück: „Not frisst Stabilität“. Es gehe, so der Sozialdemokrat, vielmehr darum, „den Kern der sozialen Marktwirtschaft auf Europa zu übertragen. In Europa muss es gerecht zugehen“.

Freilich sei eine europäische Bankenunion sinnvoll, auch ein Bankenfonds. Doch – „der muss dann aber auch von den Banken finanziert werden“.

Entschließungsantrag zum EU-Gipfel

Steinbrück warnte davor, dass es in Europa unter Merkel nur noch eine „Vergipfelung“ gebe, die Demokratie aber außen vor bleibe. Europa müsse ein inneres Gleichgewicht bekommen. Steinbrück: „Es ist an Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, diesen Weg fortzusetzen, Ihre Politik der letzten zwei Jahre und auch Ihre Rede heute ist dem nicht gerecht geworden“.

In einem Entschließungsantrag (Drs. 17/11003) formuliert die SPD: Die SPD-Fraktion erwartet von der Bundesregierung, dass sie die Ziele des Wachstums- und Beschäftigungspaktes für Europa entschlossen und kontinuierlich vorantreibt. Den Ankündigungen müssen – auch über den Pakt hinaus – endlich Taten folgen. Neben soliden öffentlichen Finanzen brauchen die notleidenden Staaten vor allem Wachstumsimpulse, um erfolgreich ihre Haushalte zu konsolidieren. Die einseitig auf Ausgabenkürzungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Haushaltskonsolidierung wird die notleidenden Staaten noch tiefer in die Rezession reißen.

Die Regierung soll dem Antrag nach dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa höchste politische Priorität beimessen und eine mittel- und langfristige nachhaltige Strategie zur Bekämpfung und Prävention von Jugendarbeitslosigkeit entwickeln.

Der Antrag wurde unmittelbar nach der Aussprache von der schwarz-gelben Mehrheit im Parlament abgelehnt.

DEMOKRATIE

Aktuelle Stunde zu Nebeneinkünften

An diesem Donnerstag tagte die so genannte Rechtstellungskommission des Ältestenrates und beschäftigte sich mit dem Thema Nebeneinkünfte der Abgeordneten. Die Verhandlungen wurden vertagt. Der Vorschlag der SPD-Fraktion, Einkünfte auf Euro und Cent zu veröffentlichen, scheiterte vorerst am Widerstand von Schwarz-Gelb.

In einer von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde im Plenum sagte Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer: „Zu den wenigen frustrierenden Erfahrungen als Parlamentarier gehört für mich die Mitarbeit in der Rechtstellungskommission. Seit zwei Jahren wird dort das Thema Nebeneinkünfte diskutiert und von der schwarz-gelben Koalition immer wieder verschoben und verdrängt.“

Erst als Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten wurde, sprangen die drei Generalsekretäre der Koalition, Dobrindt, Döring und Gröhe, auf die Bühne und stellten lautstarke Forderungen, so

Oppermann. „Sie hatten kurz vergessen, wer eigentlich immer gegen verbesserte Transparenzregeln stimmt. Das ist pharisäerhaft und scheinheilig.“ Oppermann sprach insbesondere den FDP-Generalsekretär Patrick Döring an, der selbst Nebeneinkünfte bezieht. Dass Döring in stiller Art von Steinbrück etwas fordere, was er selbst nicht erfülle, sei beleidigend.

Thomas Oppermann reagierte auch auf die verqueren Vorhaltungen von Schwarz-Gelb, die SPD wolle den gläsernen Bürger. Oppermann: „Wir wollen nicht den gläsernen Bürger, sondern den transparenten Abgeordneten!“ Der Unterschied sei in der Verfassung nachzulesen. Abgeordnete hätten nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.

Für Thomas Oppermann ist es vollkommen in Ordnung, wie er sagt, wenn ein Parlamentarier, eine Parlamentarierin Kontakt zur Wirtschaft hält; es gehe lediglich darum, mögliche Interessenkollisionen erkennbar werden zu lassen. An Schwarz-Gelb richtete er den Appell: „Wenn Sie nicht Misstrauen, sondern Vertrauen stärken wollen, dann helfen Sie mit, die Regeln so zu ändern, dass Nebeneinkünfte auf Euro und Cent veröffentlicht werden.“

„Jenseits von Afrika“

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht fragte ins Plenum, wie man es gemeinsam schaffen könne, die UN-Konvention zur Abgeordnetenbestechung endlich in Deutschland umzusetzen. Sie spielte damit auf das gestörte Verhältnis der Koalition zur Abgeordnetenbestechung an.

Lambrecht verwies auf Siegfried Kauder (CDU), den Vorsitzenden des Rechtsausschusses, der in Afrika gewesen und dort offenbar auf das brisante Thema angesprochen worden sei, wann denn Deutschland endlich die UN-Richtlinie ratifiziere. Das, so Lambrecht, habe Kauder anscheinend zum Umdenken gebracht. Allerdings hätte er das „schon früher, jenseits von Afrika“ haben können. Hätte er nämlich nur einmal zugehört, zum Beispiel im Sommer, als die deutsche Wirtschaft an die Regierung appellierte, die UN-Konvention umzusetzen. „Der Wirtschaft ist es zurecht peinlich, dass wir diese Regeln einfach nicht umsetzen“, sagte Lambrecht.

Es gehe, erklärte sie mit Blick auf die Nebeneinkünfte, doch überhaupt nicht um eine Neiddebatte, sondern nur darum, „von wem wir wofür bezahlt werden“. Das sei Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger.

Der parlamentarische Geschäftsführer Christian Lange ergänzte, wer solche Regeln für Peer Steinbrück fordere, der müsse sie auch für Leute wie FDP-General Patrick Döring fordern.

ENERGIE

Schlechtes Management treibt Energiepreise an

Dreimal stand in dieser Sitzungswoche das schwarz-gelbe Versagen bei der Umsetzung der Energiewende auf der Tagesordnung. Am 19. Oktober diskutierte der Bundestag die Große Anfrage der SPD-Fraktion sowie Anträge von Grünen und Linken. Schwarz-Gelb versucht, seitdem klar wurde, dass die Umlage für die Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage) sich auf 5,3 Cent erhöht, ihr eigenes Versagen Rot-Grün in die Schuhe zu schieben.

Erst Mitte Februar will die Bundesregierung die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 17/10366) beantworten. Das verwundert nicht, denn wer kein Konzept für die Energiewende hat, der kann auch keine Antworten zu den Plänen für den Preisbildungsmechanismus an der

Strombörse oder zur Finanzierung, Wirtschaftlichkeit und den sozialen Folgen der energetischen Gebäudesanierung beantworten.

Die Kanzlerin fahre seit vier Jahren einen Zickzack-Kurs in der Energiepolitik. Erst sei sie als Klimakanzlerin von Gipfel zu Gipfel geeilt, dann sei sie Laufzeitverlängerungskanzlerin gewesen, um nach Fukushima zur Energiewendekanzlerin zu werden, warf SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil Angela Merkel vor. Er machte sie auch verantwortlich für das „grottenschlechte Management“ der Energiewende, das die Preise in die Höhe treibe. Merkel schaue dem Treiben von Wirtschaftsminister und Umweltminister zu, anstatt vom Kanzleramt aus zu steuern. Als Industriepolitiker sehe er, so Heil, große Chancen, dass Deutschland zum „Ausrüster der Welt“ und zum Vorbild „beim Management der Energiewende“ werden könne. Doch der Umweltminister habe kein Konzept, was Altmaier in der ARD-Talkshow Beckmann eingestanden habe. Er sprach der schwarz-gelben Koalition die Kraft zur Umsetzung der Energiewende ab. Die würde allerdings versuchen, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Bei Bund und Ländern passt nichts zusammen

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien müsse jetzt stärker vorangebracht und mit dem Netzausbau synchronisiert werden. Doch Schwarz-Gelb habe auch keine Vorstellung vom Energiemarktdesign. Auch die Ablehnung der Gründung einer Deutschen Netz AG, wie es die SPD vorgeschlagen habe, räche sich jetzt beim Netzausbau. Darüber hinaus kritisierte Heil die Ausweitung der EEG-Umlage-Befreiung, die Rot-Grün nur auf stromintensive Exportunternehmen beschränkt hatte. Zudem liege es am fehlenden Masterplan und 16 separaten Landesplänen für die Energiewende, dass nichts zusammenpasse.

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber kritisierte, dass die Bundesregierung die vor drei Monaten von der SPD eingebrachte Große Anfrage mit 135 Fragen zu den Grundlagen und Kosten der Energiewende nicht in den üblichen sechs Wochen, sondern erst Mitte Februar beantworten werde. Dabei sei es auch darum gegangen, mit welchen Maßnahmen, die Regierung den Anstieg der EEG-Umlage verhindern wolle. Kelber folgerte daraus: „Wer die Grundlagen nicht kennt, der kann auch keine Entscheidung fällen“. Selbst der umstrittene EU-Energiekommissar Öttinger (CDU) stelle die Energiepolitik der Bundesregierung in Frage. Kelber berichtete von seinem Gespräch mit dem deutsch-norwegischen Netzwerk, die erklärt hätten, nicht mehr in deutsche Stromnetze investieren zu wollen, weil sich ständig die Bedingungen ändern würden. Zudem würden einige in der Koalition schon wieder vom Ausstieg aus dem Ausstieg hinsichtlich der Atomenergie reden. Er fand es auch bezeichnend, dass die Bundesregierung die Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage bis zum 31. Juli 2014 überprüfen wolle – für deren Ausnahmeregelung die Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen müssten.

Kelber forderte die Bundesregierung auf, die Flickschusterei und Schaufensterpolitik zu unterlassen und endlich eine konsistente Planung für die Energiewende vorzulegen und den Strommarkt neu zu regeln.

ARBEIT

Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung

Eine gute Berufsausbildung ist für viele junge Menschen die wichtigste Grundlage für einen erfolgreichen Einstieg ins Erwerbsleben. Gute Ausbildung sichert Zukunftschancen – für junge Menschen und für die Betriebe. Sie gibt Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine attraktive berufliche Perspektive. Und sie hilft dabei, den dringend benötigten Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften zu sichern.

Der Berufsbildungsbericht 2012 zeigt, dass zahlreiche Probleme in der beruflichen Bildung weiterhin bestehen. Zwar hat sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Ausbildungsmarkt durch eine sinkende Zahl an Schulabgängerinnen und -abgängern verbessert – mit gestiegenen Chancen für schulisch gut vorqualifizierte Jugendliche. Aber noch immer haben zu viele junge Menschen Probleme, ohne Umwege und Warteschleifen einen Ausbildungsplatz zu finden.

Hoffnungen auf eine „demografische Lösung“ des Ausbildungsmarktproblems werden sich auch in den nächsten Jahren nicht erfüllen. Vielmehr droht sich je nach Branche und Region eine Entwicklung zu verstärken, die bereits heute erkennbar ist: die Gleichzeitigkeit von Ausbildungsplatzmangel und Nachwuchsgespässen – mit Unternehmen, die vergeblich nach Fachkräften suchen, und immer noch zu vielen Jugendlichen, die keinen Einstieg in Ausbildung und Arbeit finden. Auch 2011 ist erneut fast jeder dritte Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgegangen.

Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung ignoriert die Herausforderungen, legt die Hände in den Schoß, wartet den Rückgang der Bewerberzahlen ab und verkündet am Ende des jeweiligen Ausbildungsjahres scheinbare Erfolgsbilanzen der Ausbildungsvermittlung, zu denen sie keinen Beitrag leisten musste und die nur die halbe Wahrheit abbilden. Das ist unverantwortlich – gegenüber den Zukunftschancen junger Menschen ebenso wie gegenüber der Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Gute Zukunftschancen für alle Jugendlichen

Für die SPD steht fest: Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Ausbildung. Alle Unternehmen brauchen qualifizierten Fachkräftenachwuchs. Und alle, die als Jugendliche oder junge Erwachsene keinen Einstieg gefunden haben, haben das Recht auf eine zweite oder dritte Chance.

Deshalb macht sich die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag (17/10116) für eine aktive Berufsbildungspolitik und ein größeres Ausbildungsengagement der Unternehmen stark:

- Wir wollen eine Berufsausbildungsgarantie für alle einführen. Jeder junge Mensch soll einen Rechtsanspruch auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung erhalten.
- Wir wollen es den Tarifpartnern erleichtern, im Fall knapper Ausbildungsangebote mit branchenbezogenen Qualifizierungsfonds eine solidarische Finanzierung zusätzlicher Ausbildungskapazitäten zu vereinbaren.
- Wir wollen den Maßnahmenbeschmelze im Übergangssystem lichten und notwendige Hilfen wirkungsvoller machen. Nach dem Motto „weniger ist mehr“ wollen wir gute und erfolgreiche Maßnahmen ausmachen und weiter ausbauen.
- Wir wollen die Berufsorientierung stärken und eine unterbrechungsfreie Berufseinstiegsbegleitung bis in die Ausbildung hinein etablieren.
- Wir wollen allen eine gute Qualität der Ausbildung ermöglichen. Die unverändert hohe Zahl von Ausbildungsabbrüchen hängt auch mit der Qualität von Ausbildungsverhältnissen zusammen.
- Wir wollen den Unternehmen helfen, benachteiligte Jugendliche erfolgreich zum Berufsabschluss zu führen.
- Wir wollen allen eine zweite und dritte Chance garantieren. Die Förderung des Nachholens eines Schulabschlusses muss zu einem Rechtsanspruch werden. Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss müssen besser unterstützt werden.
- Wir wollen durch Investitionen in Kitas und Ganztagschulen für eine gute Bildungsinfrastruktur sorgen, die allen Kindern und Jugendlichen gleiche und gute Chancen für den Start ins Berufsleben garantiert.

RECHTSPOLITIK

Gesetzliche Obergrenze für verbrauchergerechte Dispositionszinsen

Die Zinssätze für vereinbarte oder geduldete Kontoüberziehungen sind unverhältnismäßig hoch. Die Bandbreite liegt zwischen sechs und fast 20 Prozent pro Jahr. Im Euroraum betragen die durchschnittlichen jährlichen Überziehungszinssätze für private Haushalte dagegen nach offiziellen Statistiken lediglich 8,84 Prozent. Im Gegensatz dazu können sich deutsche Kreditinstitute bei der Europäischen Zentralbank (EZB) für derzeit 0,12 Prozent pro Jahr (Leitzins) refinanzieren, auf dem Interbankenmarkt beträgt der Zinssatz für Geld, das sich die Banken gegenseitig leihen, aktuell lediglich 0,65 Prozent pro Jahr (EURIBOR). Kundinnen und Kunden der Kreditinstitute profitieren von diesen historisch niedrigen Zinssätzen aber nicht.

Überhöhte Zinssätze für die Überziehung privater Girokonten sind nicht begründbar und auch nicht akzeptabel. Alle vorliegenden Studien zeigen, dass der Markt bei den Überziehungszinsen nicht funktioniert und die bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht ausreichen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher machen ihre Kontenwahl in der Regel nicht von der Höhe der Überziehungszinssätze abhängig. Die Kreditinstitute nutzen diesen Umstand zu ihren Gunsten aus. Alle Erfahrungen zeigen, dass verbesserte Transparenzregelungen und Appelle an die Kreditwirtschaft keine nachhaltigen Ergebnisse bringen.

In dem Antrag „Eine gesetzliche Obergrenze für verbrauchergerechte Dispositionszinsen“ (Drs. 17/10988) fordert die SPD die Bundesregierung auf, die Zinssätze gesetzlich zu deckeln. Für vereinbarte Überziehungen dürfen keine Kosten anfallen, die mehr als acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz liegen. Bei geduldeten Überziehungen sind Banken verpflichtet, auf günstigere Kreditprodukte hinzuweisen.

Zudem soll die Preistransparenz bei Überziehungskrediten verbessert werden. Die Bundesregierung soll dem Bundestag alle zwei Jahre über die Zinsentwicklung bei Kreditprodukten berichten. Eine Erhebung dieser Daten auf europäischer Ebene ist zu erwägen.

BAU

Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln

Das Programm „Soziale Stadt“ zur Stabilisierung von benachteiligten Quartieren in Städten und Gemeinden soll von der Bundesregierung verlässlich finanziert werden. Das fordern SPD und Grüne in einem gemeinsamen Antrag.

Lebenswerte, attraktive, funktionsfähige und sozial ausgeglichene Städte und Gemeinden sind die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dennoch hat die Bundesregierung 2010 die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um 70 Prozent gekürzt. In ihrem gemeinsamen Antrag fordern SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/10999) die Bundesregierung auf, für eine verlässliche Mittelausstattung der Städtebauförderung mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu sorgen.

Das Programm soll zum Leitprogramm für den sozialen Zusammenhalt weiter entwickelt und entsprechend finanziert werden. Der kooperative, fachübergreifende und partizipierende Ansatz des Programms ist zu stärken. Die Verzahnung mit öffentlichen Institutionen ist sicher zu stellen. Weiter soll die Bundesregierung als Ziel des Programms „Soziale Stadt“ die Stabilisierung der benachteiligten Quartiere mit Blick auf die Stärkung ihrer Integrationsfunktion für die Städte und Gemeinden zu verankern, so dass Integration erreicht und Verdrängung vermieden wird. Schließlich fordern die Abgeordneten unter anderem weiter, die Finanzkraft der

Kommunen nachhaltig zu verbessern und kurzfristig eine Initiative zu ergreifen, um Kommunen in prekärer Haushaltslage die Teilnahme an Förderprogrammen zu ermöglichen. Auf europäischer Ebene soll auch im europäischen Strukturfonds die soziale Dimension der Stadtentwicklung als Förderziel festgelegt werden.

VERKEHR

Den Fahrradverkehr fördern – Nationalen Radverkehrsplan 2020 überarbeiten

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf den Fahrradverkehr als umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Verkehrsmittel stärker zu fördern und konkrete Ziele für den Radverkehr festzulegen.

Besonders in den größeren Städten und Gemeinden ist das Fahrrad ein ideales Verkehrsmittel. Bei der durchschnittlich zu messenden Wegstrecke eines städtischen Verkehrsteilnehmers ist das Fahrrad aufgrund seiner Flexibilität besonders attraktiv.

Außerdem ist Fahrradfahren eine preisgünstige Alternative zu anderen Verkehrsmitteln. Und für den Bund, die Länder und die Kommunen entstehen durch den Bau und den Unterhalt der für den Fahrradverkehr notwendigen Infrastruktur im Vergleich zu den anderen Verkehrsträgern geringere Kosten als im Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenbereich.

Um den Radverkehr, besonders in den städtischen Ballungszentren, attraktiver zu gestalten, zielen die wesentlichsten Folgerungen des Fahrrad-Monitors auf eine verbesserte Infrastruktur ab. In den Städten und Gemeinden gibt es eine zunehmende Kombination des Fahrrads mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Bei Verkehrsminister Ramsauer (CSU) ist der Fahrradverkehr in schlechten Händen. Er setzt sich nicht für den Schutz im Straßenverkehr ein und trocknet die Finanzierung von Radwegen aus.

Um die Beliebtheit des Fahrradfahrens in Deutschland weiter zu steigern, muss die Bundesregierung starke Impulse setzen. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag (Drs. 17/11000) in den Bundestag eingebracht. Darin fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass das Fahrrad in Deutschland ein wichtiger Bestandteil einer integrierten Verkehrs- und Mobilitätspolitik sein muss, die über reine Absichtserklärungen hinaus geht. Dazu müssen quantifizierte und konkrete Ziele für den Radverkehr festgelegt werden, insbesondere im Bereich der Verkehrssicherheit, des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheitsförderung, der Mobilitätssicherung von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen. Dazu soll die Bundesregierung den Nationalen Radverkehrsplan 2020 überarbeiten.

ERNÄHRUNG

Lebensmittelverschwendung reduzieren

Immer wieder wird beklagt, dass zu viele Lebensmittel, die noch zum Verzehr geeignet sind, in der Mülltonne landen. Das geschieht auf jeder Stufe der Warenkette: auf dem Weg vom Acker über die Produktion, den Großmarkt, den Supermarkt oder das Gastgewerbe bis hin zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die Ursachen sind vielfältig. Aber sie liegen vor allem darin, dass bei Produktion, Weiterverarbeitung, Vermarktung und Verzehr zu wenig auf Nachhaltigkeit geachtet und Lebensmittel nicht ausreichend wertgeschätzt werden.

Die Fraktionen von Union, FDP, SPD und Grünen haben sich auf einen gemeinsamen Antrag verständigt (Drs. 17/10987), der am 18. Oktober im Bundestag beraten wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich dafür immer wieder eingesetzt, Vorschläge gemacht und bereits mit einem eigenen Antrag im Oktober 2011 das Thema auf die politische Agenda gesetzt.

Pro Person werden Lebensmittel für 235 Euro pro Jahr weggeworfen

Der Antrag ist ein wichtiges Signal. Die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) veröffentlichte Studie „Globale Lebensmittelverluste und Lebensmittelabfälle – Ausmaß, Ursachen und Vermeidung“ kommt zu dem Ergebnis, dass etwa ein Drittel der für die menschliche Ernährung produzierten Nahrungsmittel verloren geht. Das entspricht ca. 1,3 Milliarden Tonnen im Jahr. In Europa und Nordamerika sind es 95 bis 115 kg pro Person und Jahr. Gleichzeitig sind eine Milliarde Menschen unterernährt und eine weitere Milliarde mangelernährt. Allein in Deutschland könnten die Haushalte laut der FAO-Studie pro Person 235 Euro einsparen, wenn sie es vermeiden, Lebensmittel wegzuerwerfen.

Verbraucher und Wirtschaft müssen ihren Anteil leisten

Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Entsorgung von genusstauglichen Lebensmitteln bis 2020 zu halbieren. Dazu sollen nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher bei Kampagnen in den Fokus genommen werden. So soll mit der Wirtschaft eine Vereinbarung getroffen werden, die branchenspezifische Zielmarken zur Reduzierung von Abfall vorgibt. Dadurch sollen Anreize geschaffen werden, innovative Lösungen zu entwickeln. Die Auslobung der Branchenbesten soll einen Wettbewerb um die Abfallminimierung in Gang setzen. Zudem sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums im Unterschied zum Verbrauchsdatum informiert und für die Problematik der Lebensmittelverschwendung sensibilisiert werden.

AUSSENPOLITIK

Gemeinsam die Modernisierung Russlands voranbringen

Russland ist mitunter ein unbequemer, aber auch unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung globaler Probleme. Ganz gleich, ob in der iranischen Nuklearfrage, der Überwindung des Bürgerkriegs in Syrien oder der Stabilisierung Afghanistans: Eine Lösung der genannten Konflikte ohne oder gegen Russland ist kaum vorstellbar.

Auch auf anderen Gebieten ist Kooperation mit Russland angezeigt, sei es beim Klimawandel oder den Herausforderungen der demografischen Entwicklung. Dauerhafte europäische Sicherheit ist ohne Konsultation und Kooperation mit Russland nicht zu gewährleisten. Eine strategische Partnerschaft mit Russland ist von elementarem Interesse für die EU.

Deshalb muss es mit Sorge erfüllen, dass die letzten Monate in den Beziehungen zu Russland eher von Stagnation und einer gewissen gegenseitigen Ernüchterung geprägt waren. Es gibt deutliche Anzeichen für eine Verschiebung der außenpolitischen Prioritäten Russlands in Richtung Zentralasien, Pazifik und China. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Gerade deshalb bedürfen die Beziehungen zu Russland neuer Impulse.

Der Koalition mangelt es an einer schlüssigen und abgestimmten Russland-Politik. Die Debatte um einen Koalitionsantrag zeigte, dass sie in sich zerstritten ist, wie man mit Russland weiter verfährt. Von einer gemeinsamen, in sich schlüssigen Strategie in Bezug auf Russland ist die Koalition weiter entfernt denn je.

In dem Antrag „Gemeinsam die Modernisierung Russlands voranbringen – Rückschläge überwinden – Neue Impulse für die Partnerschaft setzen“ (Drs. 17/11005), der am 19. Oktober ins Plenum eingebracht wurde, fordert die SPD-Bundestagsfraktion

- den russischen Präsidenten Putin an seine Zusagen hinsichtlich der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, dem Aufbau einer unabhängigen Justiz sowie der Modernisierung der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung und des Bildungssystems zu erinnern und ihm umfassende Unterstützung bei der Umsetzung dieser Projekte anzubieten;
- auf höchster politischer Ebene darauf hinzuwirken, dass auch künftig friedliche Demonstrationen, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Respektierung bürgerlicher Freiheiten, wie sie Russland mit der Charta des Europarates zugesichert hat, gewährleistet werden;
- Initiativen zum Ausbau und zur Förderung der Dialoge von zivilgesellschaftlichen Gruppen zu unterstützen und in diesem Zusammenhang Partnerschaften von NGOs in der Zivilgesellschaft zu fördern.

INNERES

Menschenverachtende Gewalttaten härter bestrafen

Die Zahl der Gewalttaten gegen Personen wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Hautfarbe, Religion, Behinderung, sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status ist erschreckend hoch. Diese Taten haben einen hohen Unrechtsgehalt. Denn ihre Opfer werden nicht als Individuen, sondern als Vertreter einer als minderwertig angesehenen Gruppe behandelt. Zudem sind die Taten oft brutaler und rücksichtsloser als andere Gewaltdelikte. Das stört den sozialen Frieden und verunsichert Bürgerinnen und Bürger.

Dem erhöhten Unrechtsgehalt muss das Strafrecht deutlicher als bisher Rechnung tragen. Es muss ein klares Signal setzen, dass die Gesellschaft nicht bereit ist, entsprechende Gewalttaten – oftmals gegen ihre schwächsten Mitglieder – zu tolerieren. Dazu müssen hassgeleitete Motive des Täters bei der Strafzumessung stärker als bisher berücksichtigt werden, um innerhalb der bestehenden und als grundsätzlich ausreichend angesehenen Strafrahmen im Einzelfall angemessene Sanktionen zu verhängen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches (Drs. 17/8131) sieht daher vor, dass menschenverachtende, rassistische und fremdenfeindliche Beweggründe als strafscharfende Umstände gelten (in Paragraph 46 Absatz 2 ins StGB aufzunehmen). Er wurde am 19. Oktober von der Koalition im Parlament abgelehnt.

Neues Waffenrecht evaluieren

Das Waffenrecht wurde nach dem Amoklauf von Winnenden und Wendlingen in der letzten Legislaturperiode verschärft. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD haben damals die Bundesregierung in einem gemeinsamen Entschließungsantrag aufgefordert, die Regelungen zur sicheren Aufbewahrung und zum Schutz vor unberechtigtem Zugriff bis Ende 2011 zu evaluieren. Auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung enthält dieses Ziel.

In dem Antrag „Evaluierung der Auswirkungen des neuen Waffenrechts“ (Drs. 17/10114) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, diese Regelungen zu evaluieren. Dabei soll wissenschaftlicher Sachverstand einbezogen werden. Der Evaluierungsbericht ist dem Bundestag vorzulegen. Zudem soll die Ständige Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder den „Bericht der Expertengruppe Evaluierung Waffenrecht“ freigeben.

RECHTSEXTREMISMUS

Jugendinitiative „Jung gegen Rechts“ bei SPD-Fraktion

Schon mit 14 Jahren war Max-Fabian Jürgens klar, dass er gegen Rechtsextremismus kämpfen möchte, sich engagieren will für mehr gesellschaftliche Toleranz. Er begann Demos gegen Rechts zu besuchen und suchte das Gespräch mit Gleichaltrigen, um gemeinsam gegen den Extremismus der Neonazis vorzugehen. Sein Weg ist dabei nicht der Weg der Gewalt, sondern der der Aufklärung, der Projekte. Mit 17 Jahren gründete der Brandenburger schließlich im April dieses Jahres mit seinem Freund Jamal Gharez (16) die Initiative „Jung gegen Rechts“. Dieses Projekt stellte er jetzt in der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus den SPD-Abgeordneten vor.

Die Initiative ist, so erzählt Max-Fabian, „von jungen Leuten für junge Leute, für Gemeinsamkeit im Handeln und Zivilcourage“. Erstmals stellte er „Jung gegen Rechts“ in der Talksendung „Gottschalk Live“ vor; den Moderator kannte Max-Fabian bereits durch seinen vorherigen Auftritt als Wettkandidat bei „Wetten, dass ...?“.

Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier persönlich hatte Max-Fabian und Jamal eingeladen in die Arbeitsgruppe; ein persönliches Gespräch war dem vorausgegangen. „Ich bin beeindruckt vom Engagement der jungen Leute. Toll, mit welchem Eifer und welcher Überzeugung die Initiative von Max-Fabian und Jamal sich gegen Rechtsextremismus und für Aussöhnung und Verständigung einsetzt“, sagt Frank-Walter Steinmeier.

Und AG-Sprecher Sönke Rix sicherte den beiden Jungs persönliche und politische Unterstützung zu, denn „solches Engagement muss man fördern“. Sein MdB-Kollege Steffen-Claudio Lemme, Vorsitzender von Mobit, Mobiler Beratung in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus, kannte Max-Fabian schon von seinem „Wetten, dass ...?“-Auftritt und lobte: „Super, wenn man Talente nutzt, um soziales Engagement zu zeigen. Ich bin gespannt auf seine nächste Wette.“

Schon von Neonazis bedroht

Die übrigen Abgeordneten aus der AG zeigten sich ebenfalls tief beeindruckt, insbesondere von den Aktionen der beiden Jugendlichen. So arrangierten sie zum Beispiel mithilfe prominenter Umterstützung, etwa des HSV, eine Polenreise während der EM und besuchten dort Gedenkstätten für die Opfer des Naziterrors. Intention war dabei, ein Signal zu setzen, „dass Fußballbegeisterung einerseits und die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, mit Fremdenfeindlichkeit andererseits in Einklang zu bringen sind“, so Max-Fabian. Auch der Zentralrat der Juden unterstützt das ambitionierte Projekt der Schüler.

Die Jungs nahmen im Sinne ihrer Initiative teil an Sportturnieren, Demos und Diskussionsrunden. Auch für die Zukunft, erzählen sie, haben sie sich viel vorgenommen: Workshops an Schulen, eine Kulturausstellung, ein Film über die Polenreise und vieles mehr. Immer mehr Jugendliche schließen sich „Jung gegen Rechts“ an.

„Mein Kumpel Jamal wurde schon von Neonazis bedroht, und ich finde, gerade junge Leute haben doch alle Chancen, sich für Toleranz einzusetzen und dass dann weiterzugeben; dabei will ich mithelfen“, sagt Max-Fabian. Unterstützt werden er und Jamal von Max-Fabians Vater, der ein wenig die Pressearbeit koordiniert. Und die wird immer mehr: RBB und NDR wollen berichten und eine neue, spannende Wette bei Markus Lanz ist für den 8. Dezember geplant.

www.jung-gegen-rechts.de

www.aproto.de

VERANSTALTUNG

Veranstaltung „Inklusion im Sport“ voller Erfolg

Eines der großen Ziele der SPD-Bundestagsfraktion ist eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, niemanden ausschließt, sondern alle teilhaben lässt – eine inklusive Gesellschaft. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, Menschen mit Behinderung von Anfang an gesellschaftlich einzubinden. Das bezieht sich ausdrücklich auch auf den Sport. Aber wie sieht es in der Realität aus? Findet inklusiver Sport in der Spitze und in der Breite statt? Welche Angebote, Maßnahmen und Projekte gibt es? Wo mangelt es an Angeboten, Freiheiten, Initiativen? Welchen Einsatz wünschen sich die Aktiven?

Diese und andere Fragen diskutierten die Sportpolitikerinnen und -politiker der SPD-Bundestagsfraktion mit einer imponierenden Zahl von Gästen aus dem Behindertensport im Reichstagsgebäude. Titel der Veranstaltung: „Inklusion im Sport. Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit und ohne Behinderung“. Eingeladen hatte die Arbeitsgruppe Sport unter der Leitung von Martin Gerster.

Zu Gast waren neben hohen Funktionären wie Friedhelm Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes, Manfred von Richthofen, Ehrenpräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes und Hubert Hüppe, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, auch Spitzensportlerinnen und -sportler aus dem Behindertensport wie etwa Paralympicsieger Heinrich Popow (Sprint), Thomas Ulbricht (Leichtathletik) oder Marianne Buggenhagen (Kugelstoßen), allesamt Paralympics-Teilnehmer.

In ihrem Eröffnungsstatement sagte die SPD-Fraktionsvizin Christine Lambrecht, die Diskussion über Inklusion beginne bei den Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, in Grundschulen, in Vereinen. Es fehlten jedoch oft Angebote für Behinderte, besonders im Sport, und hier insbesondere auf dem Land. „Es gibt zu wenig Kontakt zwischen Behinderten und Nichtbehinderten.“

Wann werden Behindertensportverbände überflüssig?

Bei der ersten Forumdiskussion saßen Moderator Hermann Krist (SPÖ), Vizepräsident des österreichischen paralympischen Committees, Friedhelm Julius Beucher, Weltmeister Heinrich Popow, Dagmar Freitag, Vorsitzende des Sportausschusses, Ulla Schmidt, Bundesvorsitzende der Lebenshilfe und Dr. Bernhard Conrads, Vizepräsident Special Olympics, auf dem Podium.

Dagmar Freitag konstatierte, dass die Frage der Inklusion in die Mitte der Gesellschaft gehöre, und auf allen Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden – überlegt werden müsse, wie ein Mit- und Nebenbeinander von Behinderten und Nichtbehinderten verbessert werden kann. Freitag: „Wir brauchen bauliche Veränderungen genauso wie bessere und mehr Schulungen für Übungsleiter in Vereinen“.

Friedhelm Julius Beucher fragte in den Saal, wann das Ziel erreicht sei, dass gar keine Behindertensportverbände mehr gebraucht werden? Er konzidierte, dass sich das Nischendasein des Behindertensports zwar verbessert habe, es aber noch ein weiter Weg zur vollständigen Inklusion sei. „Wir wollen kein Mitleid, wir wollen Respekt“, sagte der Präsident des Behindertensportverbandes.

Ulla Schmidt warnte, bei allen Diskussionen auch handlungsfähig zu bleiben. Schmidt: „Barrierefreiheit heißt nicht, nur Rampen für Rollstuhlfahrer zu bauen“. Es müsse vielmehr Möglichkeiten zur individuellen Bewegung geben.

Bernhard Conrads ergänzte, dass Barrierefreiheit für geistig Behinderte bedeute, bessere Zugänglichkeit, etwa bei der Sprache, zu bekommen. „Wir müssen uns daran gewöhnen, mehr in leichter Sprache zu kommunizieren, damit auch geistig Behinderte teilhaben können.“

Heinrich Popow, gebürtiger Kasache, erzählte von seiner Amputation. Mit sehr viel Offenheit schilderte er seinen Lebensweg und sagte, das Leben als Behinderter könne negativ, aber eben auch positiv sein. Die Menschen sollten nicht solche Berührungsängste mit Behinderten haben. Seine Trainer hätten oft Angst gehabt – doch „wir Athleten wollen Vorbilder sein. Alles fängt im Kopf an. Wenn der Kopf, die innere Einstellung funktioniert, ist eine Behinderung fast gar nicht mehr da“. Dabei wolle er helfen.

Diskussionsrunden im World Café

Nach der Diskussionsrunde teilten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im so genannten World Café in vier Gruppen auf, um dort Lösungsansätze zu entwickeln:

- AG1 Anforderungen an barrierefreie Infrastruktur
- AG2: Grenzen und Chancen barrierefreier Kommunikation
- AG 3 Inklusive Sportveranstaltungen als Vision der Zukunft
- AG 4 Markt der Möglichkeiten. Best Practices

Die Ergebnisse wurden anschließend in einer weiteren Diskussionsrunde unter der Moderation von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, stellv. sportpolitische Sprecherin der Fraktion, vorgestellt.

Die AG1 etwa fordert eine verbesserte Service- und Logistikkette für behinderte Sportler. Das beginnt beim Transport von daheim bis zur Sportstätte usw. Auch das Management für Bedürfnisse müsse verbessert werden.

Die zweite Gruppe will die Kommunikation verbessern, zur Not auch per gesetzlicher Vorgabe. Zudem sollen Homepages besser gestaltet werden, etwa für Gehörlose und Blinde.

Die AG3 wünscht sich mehr Veranstaltungen im inklusiven Bereich, gern auch Wettkämpfe. „Wir wollen ein Stück mehr Normalität zwischen Behinderten und Nichtbehinderten“, sagte Marianne Buggenhagen. Die Gruppe will verhindern, dass Behinderte, zum Beispiel im Sportunterricht, zu Zuschauern degradiert werden.

Die vierte Gruppe schließlich präsentierte eine Vielzahl von Best-Practice-Beispielen und fordert mehr inklusive Sportangebote, den barrierefreien Ausbau von Sportstadien und Projekte zur Bewusstseinsbildung.

Martin Gerster dankte am Ende allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und zeigte sich beeindruckt von der Vielzahl an Lösungsvorschlägen. „Diese Veranstaltung zeigt, dass es noch viel zu tun gibt, wir aber auf einem guten Weg sind; der Dialog muss fortgesetzt werden.“

Fotos von der Veranstaltung sind auf www.spdfraktion.de/flickr zu finden.

Diskussion mit Experten zur Beschneidung

minderjähriger Jungen

Am Abend des 17. Oktober informierten sich die SPD-Fraktionsmitglieder im Gespräch mit Experten aus der Rechtswissenschaft, der Medizin sowie der jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften über die Beschneidung von minderjährigen Jungen.

Im Mai hatte das Landgericht Köln entschieden, dass die Beschneidung von minderjährigen Jungen aus nichtmedizinischen Gründen strafbar ist. Nun liegt es in den Händen der Politik, eine gesetzliche Regelung zu finden und sich dabei mit vielen sensiblen Fragen intensiv auseinanderzusetzen. Deshalb hatte die SPD-Fraktion ihre Mitglieder am 17. Oktober zu einem Informationsabend mit Sachverständigen eingeladen.

Die Sachverständigen:

Prof. Dr. Hans-Kristof Graf, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Innere Medizin, Kardiologie, Angiologie und Intensivmedizin am Jüdischen Krankenhaus in Berlin

Dr. Wolfram Hartmann, Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ)

Prof. em. Dr. Rolf Herzberg, Rechtswissenschaftler, Ruhr-Universität Bochum

Dr. Josef Schuster, Vize-Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland

Prof. Dr. med. Maximilian Stehr, Oberarzt der Kinderchirurgischen Klinik am Klinikum Innenstadt in München

Prof. Dr. Siegfried Willutzki, Begründer und ehem. Vorsitzender des Deutschen Familiengerichtstags

Randolf Hamza Wördemann, Stv. Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland

Prof. Dr. Graf schilderte die jahrelange Erfahrung des Jüdischen Krankenhauses in Berlin mit Beschneidungen. In den vergangenen zehn Jahren seien im Jüdischen Krankenhaus 1531 Beschneidungen an minderjährigen Jungen vorgenommen worden. Davon entfielen die eine Hälfte auf sogenannte Wunschbeschneidungen von Neugeborenen und die anderen 50 Prozent auf ältere Jungen. Dabei sei es nur in einem Fall zu einer schweren Nachblutung gekommen. Vor der Beschneidung würden die Eltern über die Operationstechnik, die Anästhesie und die Nachsorge aufgeklärt. Ebenso würde immer versucht, die Eltern zu überzeugen, den Jungen zu einem späteren Zeitpunkt zu beschneiden, am besten mit zwölf Jahren. Die Eltern müssten eine schriftliche Einwilligung abgeben. Bei den Neugeborenen sei der Eingriff unkompliziert, die OP-Dauer betrage zwei bis fünf Minuten und der eigentliche Schnitt wenige Sekunden. Um den Eingriff möglichst schmerzfrei durchzuführen, würden die Säuglinge mit Emla-Salbe für die lokale Anästhesie behandelt.

Dr. Hartmann stellte klar, dass für die Kinder- und Jugendärzte das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit an erster Stelle stehe. Sie hätten beschlossen, sich nicht an medizinisch nicht notwendigen Beschneidungen minderjähriger Jungen zu beteiligen, auch nicht durch Überweisung an einen Chirurgen. Er äußerte sein Entsetzen über den vorliegenden Gesetzentwurf in Bezug auf die Regelungen zur fachlichen Durchführung, zur Möglichkeit die Beschneidung auch in Räumlichkeiten ohne Notfallversorgung durchzuführen und zur Schmerzvermeidung. Die Kinder- und Jugendärzte würden die Beschneidung aus religiösen Gründen ablehnen, da keine medizinische Implikation vorliege und ansonsten Operationen an Neugeborenen nur bei Lebensbedrohung durchgeführt werden. Das Kind als individuelles Rechtssubjekt dürfe aus seiner Sicht nicht auf Wunsch der Eltern beschnitten werden.

Prof. Dr. Herzberg vertrat die Ansicht, dass auch durch die Regelung im vorliegenden Gesetzentwurf die Beschneidung von minderjährigen Jungen eine Straftat bleibe, da gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit verstoßen werde. Die Einwilligung der Eltern als Teil der Personensorge auch für nicht medizinische intendierte Beschneidungen solle ausdrücken, dass dem Kind etwas Gutes getan werde. Doch keine Religion dürfe sich in einem säkularen Staat über das Recht auf die körperliche Unversehrtheit des Kindes erheben. Die vermeintlichen Vorteile einer Beschneidung würden die damit verbundenen Schmerzen nicht aufwiegen. Es

handele sich um eine schlimme Körperverletzung zum Schaden des Kindes im Sinne der Eltern. Es sei ein Fehler, dem Elternrecht hier einen Vorrang einzuräumen. Das Religionsausübungsrecht dürfe nicht das Recht auf körperliche Unversehrtheit übertrumpfen. Prof. Herzberg lehnt den Gesetzentwurf der Regierung ab, den er als nicht verfassungsgemäß bezeichnete.

Dr. Schuster stellte klar, dass die Beschneidung von Jungen am achten Tag nach ihrer Geburt ein konstitutives Element des Judentums sei, die im 1. Buch Moses als Zeichen für den Bund mit Gott geschrieben stehe. Sie müsse ohne Gefahr für das Kind durchgeführt werden. Deshalb müsse dem Mohel (Beschneider) ein kinderärztliches Attest vorgelegt werden, dass aus medizinischen Gründen nichts gegen eine Beschneidung spricht. Der Mohel führe die Beschneidung auf einer sterilen Unterlage in der Synagoge durch. Die aktuelle Diskussion habe dazu geführt, dass innerhalb der jüdischen Glaubensgemeinschaft über die Verwendung von Emla-Salbe zur Schmerzvermeidung debattiert werde. Auch hinsichtlich der Ausbildung der Mohalim sei einiges in Bewegung. Es werde an einem Curriculum für ihre Ausbildung gearbeitet. Die Beschneidung sei für alle Formen des Judentums elementar. So könne ein unbeschnittener Mann nicht religiös getraut werden. Schuster sei der Auffassung, dass das Recht auf Erziehung eines Kindes auch das Recht auf religiöse Erziehung beinhalte. Er vertrat die Ansicht, dass die Beschneidung am achten Tag nach der Geburt weniger Komplikationen für den Säugling bedeute.

Prof. Dr. Stehr erklärte, wie eine Beschneidung anatomisch vorgenommen wird. Er verwies darauf, dass die Vorhaut, die entfernt werde, höchst empfindlich sei und eine große Dichte an Nervenzellen enthalte. Durch die Beschneidung könne es auch später im Leben eines Beschnittenen zu Komplikationen kommen. So würde die Eichel verhornen und unsensibler werden, was sich auf das sexuelle Erleben negativ auswirken würde und auch zu Persönlichkeitsstörungen führen könne. Er lehne die nicht medizinisch intendierte Beschneidung von nicht einwilligungsfähigen Kindern, die irreversibel ist, ab. Auch handele es sich bei der Verwendung von Emla-Salbe oder schmerzlindernden Zäpfchen nicht um eine adäquate Schmerzbekämpfung.

Prof. Dr. Willutzki verwies zu Beginn darauf, dass das Urteil einer kleinen Strafkammer für weltweites Aufsehen gesorgt habe und seiner Meinung nach Schaden von Deutschland abgewendet werden müsse. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass hier Juden und Muslime ausgegrenzt würden. Aus seiner Sicht sei die Befugnis der Eltern, ihr Kind aus religiösen Gründen beschneiden zu lassen, nicht durch das Kindeswohl begrenzt. Das Kindeswohl sei nicht nur aus der medizinischen Perspektive zu sehen, sondern auch hinsichtlich der religiösen Erziehung. Es diene auch dem Kindeswohl, das Hineinwachsen in eine Religionsgemeinschaft zu ermöglichen. Die Grundrechte eines Kindes, das sich selbst noch nicht äußern könne, werde von den Eltern treuhänderisch wahrgenommen, und sie wüssten am besten, was gut für ihr Kind sei. Die Beschneidung solle nach den Regeln der ärztlichen Kunst, unter Schmerzvermeidung, nach einer kinderärztlichen Voruntersuchung und nach Aufklärung der Eltern durchgeführt werden. Willutzki sieht Bedarf neben dem Gesetzentwurf, die Regelungen zur Beschneidung selbst im Gesundheitsrecht und nicht in einer Begründung festzuschreiben. Er sehe nicht, dass das Restrisiko bei einer Beschneidung minderjähriger Jungen die Gefährdungsschwelle erreiche. Wenn ein Kind jedoch den Willen äußere, nicht beschnitten zu werden, dann müsse dieser Wille respektiert werden.

Herr Wördemann äußerte seine Zweifel an den fachlichen Bedenken der Ärzte und gestand ein, dass es ein rechliches Abwägungsproblem gebe. Aber es gehe darum, den Juden und Muslimen in Deutschland ein repressionsfreies Leben zu ermöglichen. Wenn die Beschneidung in Deutschland verboten würde, dann würden die Muslime die Beschneidung in ihren Herkunftsländern oder in Staaten, wo es gestattet sei oder sogar aus Gründen der Hygiene empfohlen werde, vornehmen. In der Debatte gehe es nach seinem Empfinden um ein erfundenes Problem. Es gebe keine Opfer bei der Beschneidung minderjähriger Jungen. Es

gebe auch keine negativen Auswirkungen. Ihn entsetze die Debatte. Es gehe darum, die Religionsfreiheit zu berücksichtigen. Auch bei den Muslimen sei die Beschneidung eine religiöse Pflicht, die in der Sunna geregelt sei und zur Tradition der Muslime gehöre. Sie würden ihre Söhne von Ärzten beschneiden lassen.

Abgeordnete diskutierten intensiv die Stellungnahmen der Experten

Im Anschluss an die Stellungnahmen der Sachverständigen folgte eine zweieinhalbstündige Diskussion, in der die SPD-Bundestagsabgeordneten Fragen an die Sachverständigen stellten. Es wurde zu den religiösen, den medizinischen und den rechtlichen Aspekten debattiert. Moderiert wurde die Diskussion von Prof. Dr. Andrea Bührmann, Institut für Soziologie der Universität Göttingen.

Im Mittelpunkt der Debatte standen das Beschneidungsalter der Jungen im jüdischen Glauben, die Ausbildung der Mohalim, die Art und Weise der Anästhesie, das Schmerzempfinden von Säuglingen, die Art und Zahl an Komplikationen, die Vorsorgeuntersuchung durch Kinderärzte, das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit, das Kind als individuelles Rechtssubjekt und seine Rechte sowie die Frage, ob bei Zulassung der religiösen Beschneidung ein Einfallstor für andere religiöse Riten geschaffen werde, die in Deutschland verboten sind.

Die SPD-Abgeordneten werden sich weiterhin intensiv mit dem Thema auseinandersetzen, bevor im Bundestag entschieden wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Abstimmung für ihre Abgeordneten freigegeben. Das heißt, es wird keine Festlegung der Fraktion geben.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>